



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.5132.02

WSD/P075132
Basel, 30. Mai 2007

Regierungsratsbeschluss
vom 29. Mai 2007

Interpellation Nr. 42 Patricia von Falkenstein betreffend Prognosen einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in Basel-Stadt

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom Mittwoch, 9. Mai 2007)

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zukunftsprognosen sind ein wichtiges Planungshilfsmittel, sie sind jedoch zwingend mit Unsicherheiten verbunden. Niemand kann die Zukunft vorhersehen und viele künftige Einflüsse können nicht vorweggenommen und somit auch nicht in die Prognoseberechnung aufgenommen werden. Aus diesem Grund können je nach berücksichtigten Faktoren (z.B. Geburten, Sterbefälle, Wanderungen, Wohnflächenbedarf, vorhandene Bauzonen etc.) und den dafür getroffenen Annahmen verschiedene Prognosen über einen vorgegebenen Zeitraum modelliert werden. Für den Kanton Basel-Stadt liegen zur Zeit zwei Modellrechnungen vor, deren Methodik leicht voneinander abweicht und somit unterschiedliche Resultate beinhalten:

- Bevölkerungsprognose 2005-2030, Wüest & Partner, 2005
- Bevölkerungsprognose 2005-2050, Bundesamt für Statistik, 2007

Die Bevölkerungsprognose von Wüest & Partner rechnet im Gegensatz zur BFS-Prognose die beschlossenen und geplanten Bauvorhaben, aber auch den Mehrverbrauch an Wohnfläche in der Prognose ein. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Prognose von Wüest & Partner der Realität näher kommt und verwendet darum diese für die Erarbeitung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen.

In der vor kurzem erfolgten Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Gröflin betreffend Bevölkerungsentwicklung hatte der Regierungsrat festgehalten, dass Analysen des Statistischen Amtes auf der Basis der eidgenössischen Gebäude- und Wohnungszählung zeigen, dass die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren weitgehend stabilisiert werden konnte. Sie zeigen aber auch, dass die sinkende Bevölkerungszahl stark auf den steigenden Raumbedarf der Bevölkerung zurückzuführen ist. Der momentan geplante Wohnungsbau kann mit dem Mehrverbrauch an Wohnraum nicht ganz Schritt halten. Allein zwischen 1990 und 2000 hat sich die mittlere Wohnfläche der Einwohnerinnen und Einwohner um vier Quadratmeter vergrössert; das entspricht einer Zunahme von 10 %. Diese Zunahme kann durchaus als Indi-

kator für eine durchschnittliche Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung interpretiert werden. Demnach ist vor allem auch die Bevölkerungsstruktur für die zukünftige Entwicklung des Kantons Basel-Stadt von Belang.

Zu den Fragen der Interpellantin im Einzelnen:

Frage 1: Ist die Regierung bereit, zusätzlich zu bereits bestehenden Programmen (Wohnumfeldaufwertung, Logis Bâle, Bevölkerungs- bzw. Wanderungsbefragung) Massnahmen gegen den Bevölkerungsschwund zu erarbeiten.

Der Regierungsrat ist bestrebt, seine bisherige Politik auch im Hinblick auf die mittel- bis langfristige Zielsetzung (Basel 2020) fortzuführen und noch stärker zu fokussieren. Er setzt auf eine integrale Kantons- und Stadtentwicklung, die zum Ziel hat, Basel-Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten und weiter zu stärken. Die Wohnbauförderung, die heute im Projekt Logis Bâle betrieben wird, soll in diesem Zusammenhang ausgebaut und verstetigt werden (s. Antwort zu Frage 5).

Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklungen mit Aufmerksamkeit, er hat dazu neben den Prognosen weitere Controlling- und Monitoringinstrumente zur Verfügung. Die Kennzahlen zeigen, dass die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren weitgehend stabilisiert werden konnte. Der Regierungsrat ist darum der Meinung, dass spontaner Aktivismus nicht angesagt ist und dass kurzfristig keine zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden müssen.

Als Vorgabe für die laufenden Revisionen des kantonalen Richtplans sowie des Zonenplans der Stadt Basel hat der Regierungsrat das Ziel definiert, die Bevölkerungszahl von Basel-Stadt langfristig auf dem heutigen Stand stabil zu halten. Dementsprechend soll auch zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, um dem voraussichtlichen Wachstum des Wohnflächenbedarfs pro Person zu begegnen.

Frage 2: Teilt die Regierung die Meinung, dass im Kanton die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um Zuzüge gut verdienender bzw. vermögender Menschen zu fördern?

Das aus der Werkstadt Basel heraus entstandene Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel (APS) hat insbesondere die langfristige Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen zum Ziel. Damit dies erreicht werden kann, muss für breite Bevölkerungsschichten attraktiver und moderner Wohnraum zur Verfügung stehen. Dabei gilt es auch, den Mangel an Wohnraum für höchste Ansprüche zu beheben. (s. auch Antwort zu Frage 4)

Frage 3: Erachtet die Regierung die bisherigen Anstrengungen, attraktiven Wohnraum auch für gehobene Ansprüche anbieten zu können, als genügend, um Gegensteuer gegen die prognostizierte Entwicklung zu geben?

Die Möglichkeiten für zusätzlichen Wohnungsbau sind im Kanton Basel-Stadt begrenzt, es gibt nur wenige freie, bebaubare Flächen und bei Verdichtungen und Umbauten/ Wohnungszusammenlegungen stellt sich beim gehobenen Wohnungssegment häufig die Frage, ob die der Wohnung entsprechende und verlangte Wohnumfeldqualität erreicht werden kann. Der Regierungsrat ist darum bestrebt, seine Politik weiterzuführen und die Projekte, insbesondere Logis Bâle, Wohnumfeldaufwertung und Stadtentwicklung Basel Nord weiterhin mit grosser Priorität und vernetzt umzusetzen. Er hat in den vergangenen Jahren das Investorenmarketing erfolgreich ausgebaut und will diese Aktivitäten intensivieren.

Frage 4: Hält die Regierung Steuersenkungen für höhere Einkommen und auch Vermögen für Mittel, die geeignet sind, ein wichtiges Bevölkerungs-Segment im Kanton zu stärken, indem Wegzüge verhindert und Zuzüge gefördert werden können?

Die Steuern sind für einen Teil der Wegziehenden tatsächlich ausschlaggebend. Das hat die Wanderungsbefragung 1998 ergeben (8,3 %). In der Zwischenzeit hat das politische und mediale Interesse an der Steuerfrage und dem Steuerwettbewerb stark zugenommen, so dass heute vermutlich mehr Weggezogene die Steuern als Grund anführen würden. Aufschluss über die aktuellen Wanderungsgründe wird die Wanderungsbefragung 2008 geben können. Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit bereits eine Steuervorlage, die Steuererleichterungen vorsieht; sie wird gegen Ende Jahr vorliegen. Was die Förderung von Zuzügen durch Steuersenkungen anbelangt, wird der Kanton Basel-Stadt aufgrund seiner Struktur als Stadtkanton und Zentrumsort nie mit derart tiefen Steuern aufwarten können, dass er zu einem (steuerlichen) Magnet für sehr reiche Personen wird.

Frage 5: Mit welchen anderen Massnahmen gedenkt die Regierung, diesem zu erwartenden Trend entgegen zu wirken

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass mit einer klugen, zukunftsgerichteten Stadtentwicklung sehr wohl auch vermögende, das städtische Leben liebende Leute gewonnen und zum Bleiben bewegt werden können. Der Regierungsrat nutzt darum auch die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation RV09, um die Kantons- und Stadtentwicklung institutionell zu verankern und damit zu stärken. Ins künftige Präsidialdepartement integriert wird auch die Wohnbauförderung (bisher Logis Bâle) als Teil der kantonalen Standortpromotion.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber